

■ Alle reden von Demokratie – die Historiker nicht. Dabei ist der Bedarf nach historischer Einordnung riesengroß. Was hat es auf sich mit der oft beschworenen Krise der Demokratie in Deutschland? Sind die USA noch Vorbild oder folgen sie längst einem anderen Pfad als wir und die übrigen Europäer – einem Pfad voller Demokratiedevianz sogar? Was passiert in der arabischen Welt, in Indien und in Afrika? Klassische Demokratien gibt es dort nicht, die Entwicklung läuft auch nicht auf sie hinaus. Auf was aber dann? Paul Nolte, einer der einflussreichsten Historiker des Landes, appelliert an die Zunft, sich dieser brennenden Fragen anzunehmen und dabei die Zeitgeschichte der Demokratie als Globalgeschichte anzulegen. ■

Paul Nolte

Jenseits des Westens?

Überlegungen zu einer Zeitgeschichte der Demokratie¹

Warum sollte man über eine Geschichte der Demokratie sprechen, jedenfalls über eine des letzten halben Jahrhunderts? Davor, gewiss, lässt sich eine dramatische Geschichte der Demokratie erzählen, zumal für die Deutschen, wenn man fünfzig weitere Jahre, an den Anfang des 20. Jahrhunderts zurückgeht: an den Vorabend des Ersten Weltkriegs, der, großspurig begonnen und gedemütigt beendet, in die umstrittene und befeindete Demokratie von Weimar führte, die schon nach einem guten Jahrzehnt autoritären Regierungen und schließlich der brutalen Diktatur des Nationalsozialismus Platz machte. Nach zwölf Jahren, nach Zweitem Weltkrieg und Holocaust, gelang jedenfalls für die westlichen Besatzungszonen ein schneller und erstaunlich stabiler demokratischer Neubeginn, in Form gegossen mit jenem Grundgesetz von 1949, das bis heute, auch über die Zäsur der Wiedervereinigung hinweg, den Rahmen von Demokratie in Deutschland absteckt. Endlich war Deutschland, seit 1990 auch als „ganzer“ Nationalstaat, im Westen angekommen, in liberaler Gesellschaftsordnung und freier politischer Verfassung. Seitdem verändert sich das Parteiensystem hier und da, aber im Großen und Ganzen herrscht Stabilität. Warum sollte das ein spannendes Forschungsthema sein?

Offenbar stimmt an diesem Bild etwas nicht, obwohl die zugespitzte Beschreibung durchaus einen Kern dessen trifft, was nicht nur in der Schule gelehrt wird, sondern auch ein wirkmächtiges geschichtswissenschaftliches Interpretament ist. In den letzten fünf bis zehn Jahren ist die Demokratie – wieder – zu einem der großen Themen der Zeit, des öffentlichen Streits, der sozialen Konflikte und des intellektuellen Nachdenkens geworden. Aber in der Geschichtswissenschaft, in der Zeitgeschichte ist vieles davon noch kaum angekommen, und nicht zuletzt

¹ Erweiterte und überarbeitete Fassung eines Öffentlichen Vortrags, den ich als Stipendiat des Historischen Kollegs am 14. 1. 2013 in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München gehalten habe.

darum soll es hier gehen. Zunächst einmal: Die Stichworte für die aktuelle Konjunktur der Demokratie liegen auf der Hand. Während der umstrittene westliche, vor allem amerikanische „Demokratieexport“ in den Mittleren Osten, in den Irak und nach Afghanistan, bestenfalls auf der Kippe steht, haben sich die Menschen anderswo in der arabischen Welt, vor allem am südlichen und östlichen Saum des Mittelmeers, gegen autoritäre Regime verschiedenster Art erhoben, im Streben nach Selbstbestimmung und Freiheit, nach persönlichen und politischen Rechten². Vielleicht ergibt sich ja daraus eine spannende „Geschichte der Demokratie im letzten halben Jahrhundert“, in einer Perspektive, die den seit 1945 ohnehin stabil demokratischen Westen hinter sich lässt. Dann hätten wir verschiedene Etappen vor uns, die von den demokratischen Hoffnungen der Dekolonisation Afrikas seit 1960 über das jahrzehntelange lateinamerikanische Ringen um Diktatur und Demokratie zum Zusammenbruch des Kommunismus, damit zur Verwestlichung des ehemaligen sowjetischen Machtbereichs führten und schließlich weiter zum „Arabischen Frühling“ unserer Tage. Optimisten würden sagen: Warten wir noch eine Generation, dann können wir auch Russland und die Volksrepublik China in diese unaufhaltsame Fortschrittsgeschichte der Demokratie einbeziehen: jenseits des Westens, und doch politisch und kulturell in ihn hinein führend.

Auch dieser Variante der Geschichte ist, wie schon der ironische Zungenschlag zeigt, offenbar nicht ganz zu trauen. Die Demokratie in Afrika südlich der Sahara bleibt auch ein halbes Jahrhundert nach der Dekolonisation, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mehr als prekär; jenseits der polnischen Ostgrenze besteht eine europäische Diktatur fort; und Russland tritt unter Putin bestenfalls als eine „defekte Demokratie“ auf der Stelle. Der demokratische Ausgang der „Arabellion“ ist nicht nur in Ägypten unsicher; die Orientierung am „Westen“, an der dort vor allem seit dem 18. Jahrhundert geprägten politischen Kultur, ihren Verfahrensweisen und mehr noch ihrem Verständnis von Freiheit und Rechten, ist auch in anderen Teilen der Welt nicht selbstverständlich. Und nicht nur das: Es fällt dem Westen – Intellektuellen und Wissenschaftlern, aber auch Politikern und einer breiteren Öffentlichkeit – zugleich immer schwerer, seine eigene Demokratie zum unzweideutigen Vorbild zu erheben, denn die quasi naturwüchsige Überzeugung von ihrer prinzipiellen Überlegenheit und historischen Endgültigkeit schwindet. Gerade auch in Deutschland haben die Zweifel in den letzten zwei Jahrzehnten zugenommen, auf allen Ebenen, in verschiedenster Hinsicht: Sozial benachteiligte Teile der Bevölkerung verlieren das Interesse an Wahlen und organisieren sich deutlich weniger als früher in Parteien, Vereinen oder Gewerkschaften³. Für die vermeintlichen Volksvertreter, seit einiger Zeit eher als die „politische Klasse“ apostrophiert, haben viele nur noch Verachtung übrig. Intellektuelle und Sozial-

² Vgl. z. B. Volker Perthes, *Der Aufstand. Die arabische Revolution und ihre Folgen*, München 2011; Frank Nordhausen/Thomas Schmid (Hrsg.), *Die arabische Revolution. Demokratischer Aufbruch von Tunesien bis zum Golf*, Berlin 2011.

³ Vgl. z. B. Serge Embacher, *Demokratie! Nein Danke? Demokratieverdruss in Deutschland: Die neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bonn 2009.

wissenschaftler sprechen unterdessen immer häufiger von einer großen Trendwende in der Geschichte der Demokratie. Seit den 1970er Jahren, so eine einflussreiche These, befinde sich die zuvor, bei allen Rückschlägen, doch prinzipiell expandierende und sozialstaatlich ausgebaute Demokratie auf dem Rückzug. Die große Entwicklungskurve der Demokratie, die in den Revolutionen des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts machtvollen Auftrieb erhielt, fällt nun wieder. Zurück bleiben ihre Hüllen, Institutionen wie das Parlament und Verfahren wie Wahlen, die jedoch wirkliche Partizipation, Freiheit und Selbstbestimmung der großen Masse der Bevölkerung nicht mehr gewähren. So wird aus der Demokratie, mit einem Begriff des britischen Politologen Colin Crouch, die „Postdemokratie“⁴. Das ist gewiss keine Diktatur, bei der man an Hitler oder Stalin denken müsste, aber eben auch keine freie politische Verfassung und Gesellschaft mehr.

1. Neueste Zeitgeschichte und Demokratie: Forschungsstand und Begriffe

Das müsste nun ein Fest für Historiker sein, für Zeithistoriker zumal: ein tiefgreifender, ein säkularer Wandel vor unser aller Augen, der lange geglaubte Selbstverständlichkeiten erschüttert und uns die Welt – nicht nur die ferne, sondern auch die eigene – ganz anders sehen lässt. Doch die Geschichtswissenschaft tut sich offenbar nicht leicht, diesen Ball aufzunehmen, der ihr aus verschiedenen Richtungen: von den welthistorischen Ereignissen, von der eigenen Öffentlichkeit und aus benachbarten Disziplinen, zugespielt wird. Das hat mehrere Gründe, die hier nur knapp angedeutet werden können. Eine wichtige Rolle spielt die schon erwähnte deutsche „Meistererzählung“ von der, nach vielen Verwirrungen und tiefsten Abstürzen, endlich gelungenen „Ankunft“ in der Demokratie. Erst vor sieben Jahren veröffentlichte Edgar Wolfrum seine (im übrigen ganz ausgezeichnete) Geschichte der Bundesrepublik unter dem Titel „Die geglückte Demokratie“. Er setzte sich damit auf die Fersen von Heinrich August Winklers „Langem Weg nach Westen“, den der Berliner Historiker für Deutschland 1990 im Wesentlichen abgeschlossen sah⁵. Seitdem ist die Geschichte offenbar nicht stehengeblieben; und auch für die Zeit vor der Wiedervereinigung könnte man, bei allem Erfolg und aller Konsolidierung, kritische Entwicklungen und Problemzonen schärfer herausarbeiten – mindestens aber einen Wandel, der in einer Annäherung an „den Westen“ spätestens seit den 1970er Jahren nicht mehr aufging. Das aber fällt schwer, weil uns – das heißt hier: den Deutschen, aber auch den

⁴ Vgl. Colin Crouch, Postdemokratie, Frankfurt a.M. 2008; ders., Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Postdemokratie II, Berlin 2011; siehe auch Giorgio Agamben u. a., Democracy In What State?, New York 2011 (zuerst franz. 2009; dt.: Demokratie? Eine Debatte, Berlin 2012).

⁵ Vgl. Edgar Wolfrum, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006; Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen, hier bes. Bd. 2: Vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, München 2000.

deutschen Zeithistorikern – die (auch moralisch aufgeladene) Vorstellung der Geschichte einer politischen Befreiung und Erlösung vom Nationalsozialismus und seinen Wurzeln so tief in den Knochen steckt.

Andere Gründe für eine Vernachlässigung des Themas sind weniger kompliziert und haben eher mit praktischen Orientierungen der Forschung zu tun. So haben wir von einzelnen Phänomenen und Entwicklungen auch der jüngsten Zeit oft durchaus eine brauchbare Vorstellung, zum Beispiel von der Geschichte einer neuen Partei wie den „Grünen“. Es gibt hervorragende Biographien von Politikern, jüngst etwa diejenige über Helmut Kohl von Hans-Peter Schwarz⁶. Aber ein Gesamtbild entsteht daraus noch nicht. Wo geht die Reise denn insgesamt hin? Dafür bedürfte es mehr als nur einer Kumulation von Einzelbeschreibungen über den Wandel von Parteien, Parlamenten und Koalitionen; man bräuchte eine Strukturgeschichte der Demokratie in den letzten Jahrzehnten, die eingebettet sein müsste in das allgemeine Verständnis der Epoche, in neuere Debatten der jüngsten Zeitgeschichte. Damit aber tun wir uns in letzter Zeit eher schwerer als früher⁷. Seit einigen Jahren ist die sogenannte Zäsur der 1970er Jahre – mit dem ikonischen Umbruchpunkt der ersten Ölpreiskrise von 1973 – ein Lieblingsthema der Zeithistoriker⁸; für die 1980er Jahre wird das Bild schon diffuser. Dabei müsste die Zeitgeschichte längst viel intensiver über die Geschichte seit der großen deutschen, europäischen und globalen Zäsur von 1989/90 diskutieren und schreiben. Dass es geht, hat Andreas Wirsching mit seiner „Geschichte Europas in unserer Zeit“ gerade demonstriert⁹.

Weiterhin spielt das folgende eine wichtige Rolle: Bei ihrer Beschäftigung mit Phänomenen der Politik – und mit Politik hat Demokratie gewiss etwas zu tun – bevorzugen Historiker in letzter Zeit eher andere Begriffe, Konzepte und Perspektiven. An einer Geschichte von Demokratie sind sie oftmals weniger interessiert als an einer Geschichte von „Sicherheit“, von staatlicher Planung und sozialem „Engineering“ im späteren 20. Jahrhundert, an einer Geschichte des Wohlfahrtsstaats und seiner Loyalitätssicherung, womit, stichwortartig verkürzt, nur einige Themen und Zugänge aus der aktuellen Debatte aufgegriffen sind¹⁰. Eine neue

⁶ Vgl. Hans-Peter Schwarz, Helmut Kohl. Eine politische Biographie, München 2012.

⁷ Vgl. Hans-Peter Schwarz, Die neueste Zeitgeschichte, in: VfZ 51 (2003), S. 5–28.

⁸ Vgl. hier nur Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008; Konrad H. Jarausch (Hrsg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008; in globaler Perspektive vgl. Niall Ferguson u. a. (Hrsg.), The Shock of the Global: The 1970s in Perspective, Cambridge/MA 2010; im Hintergrund natürlich Eric J. Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995.

⁹ Vgl. Andreas Wirsching, Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012.

¹⁰ Vgl. Eckart Conze, Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer „modernen Politikgeschichte“ der Bundesrepublik Deutschland, in: VfZ 53 (2005), S. 357–380; ders., Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009; Gabriele Metzler, Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn 2005; dies., Konfrontation und Kommunikation. Demokratischer Staat und linke Gewalt in der Bundesrepu-

„Kulturgeschichte der Politik“ interessiert sich derweil für Formen der Erinnerung und der symbolischen Repräsentation, für Staatsbesuche und parlamentarische Diskursformen¹¹. Das sind wichtige, oft hochspannende Felder nicht nur der thematischen, sondern auch der methodischen Innovation in der Geschichtswissenschaft. Aus ihnen lassen sich zudem wichtige Erkenntnisse für eine noch zu schreibende jüngste Geschichte der Demokratie gewinnen. Doch sind sie darauf teilweise erstaunlich wenig ausgerichtet; schärfer noch: Die Frage nach der Demokratie, nach politischer Verfassung und gesellschaftlicher Partizipation, löst sich darin bisweilen auf, denn in der Gewährung von „Sicherheit“ oder in ihren Utopien von einer besseren Gesellschaft kommt es darauf gar nicht in erster Linie an.

Es mag tatsächlich zutreffen, dass eine demokratische politische Verfassung für die Qualität des Lebens von Menschen, ja selbst für ihre Freiheit heute weniger wichtig ist als vor fünfzig oder achtzig Jahren. Aber gerade solche Fragen muss man explizit stellen, und dafür bedarf es eines historisch beglaubigten, aber auch analytisch explizit gemachten Begriffes von „Demokratie“. Dafür könnte die Zeitgeschichte auf einen reichhaltigen Fundus an Literatur in anderen Disziplinen zurückgreifen, vor allem natürlich in der Politikwissenschaft, der empirischen wie der theoretischen, bis hin zur politischen Philosophie. Auf anderen Themenfeldern sind diese Anleihen in letzter Zeit sogar zu einem viel diskutierten Erfolgsrezept der Zeitgeschichte geworden, vor allem in der Sozial- und Kulturgeschichte. Interessiert man sich für soziale Ungleichheit seit den 1980er Jahren, für „Arm“ und „Reich“ in der Bundesrepublik, so prüft man längst, was die Soziologen schon sehr früh darüber geschrieben, welche Daten sie gesammelt und welche Begriffe sie geprägt haben: „Individualisierung“; „Wertewandel“, soziale „Milieus“ statt sozialer „Klassen“¹². Von Begriffen wie „partizipatorische“ oder gar „anwaltschaftliche“ Demokratie, die in unseren Nachbardisziplinen zentrale Entwicklungen von demokratischer Politik und Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten beschreiben, lässt sich das noch nicht in gleichem Maße sagen¹³.

blik und den USA in den 1970er Jahren, in: VfZ 60 (2012), S. 249–277; Thomas Etzemüller (Hrsg.), Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert, Bielefeld 2009.

¹¹ Vgl. stellvertretend nur Ute Frevert/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt a. M. 2005; als Fallstudie etwa Simone Derix, *Bebilderte Politik. Staatsbesuche in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1990*, Göttingen 2009.

¹² Vgl. dazu jüngst Rüdiger Graf/Kim Christian Priemel, *Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin*, in: VfZ 59 (2011), S. 479–508; Bernhard Dietz/Christopher Neumaier, *Vom Nutzen der Sozialwissenschaften für die Zeitgeschichte. Werte und Wertewandel als Gegenstand historischer Forschung*, in: VfZ 60 (2012), S. 293–304.

¹³ Vgl. z. B. Bruce E. Cain u. a., *Democracy Transformed? Expanding Political Opportunities in Advanced Industrial Democracies*, New York 2003; Takashi Inogushi u. a. (Hrsg.), *The Changing Nature of Democracy*, Tokio 1998; zur partizipatorischen Demokratie schon früh und einflussreich: Benjamin R. Barber, *Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age*, Berkeley 1984, Neuausgabe 2003. Wichtig, auch immer wieder für unsere Überlegungen, die beeindruckende analytische Synthese von John Keane, *The Life and Death of Democracy*, London 2009.

Es braucht also eine Geschichte der Demokratie im letzten halben Jahrhundert, eine neue Zeitgeschichte der Demokratie, die sich ihren fundamentalen Veränderungen seit den 1960er und 1970er Jahren widmet – ja, die diese Veränderungen, gegen das Bild einer im wesentlichen statischen Fortschreibung, überhaupt erkennt, sie zu beschreiben und auf den Begriff zu bringen weiß. Dazu muss das Verständnis von „Demokratie“ flexibler werden, muss der zentrale Begriff also entessentialisiert werden, und das heißt für die Geschichtswissenschaft zuerst und vor allem: Es gilt ihn zu historisieren, ihn viel stärker als bisher im jeweiligen, sich verändernden Kontext zu verstehen, als das häufig noch der Fall ist. Demokratie ist kein sozusagen überzeitliches, von weisen Theoretikern des 18. Jahrhunderts oder gar schon der Antike für richtig erkanntes Set von Institutionen, Regeln und Verfahren¹⁴. Wenn das so wäre, bliebe der Geschichtswissenschaft eigentlich nur noch die Aufgabe, zu messen, wie weit eine gegebene Gesellschaft zu bestimmter Zeit diese absoluten Kriterien erfüllt, bis irgendwann hundert Prozent Deckung erreicht ist. Genau so ist lange Zeit gedacht worden, zumal in Deutschland nach 1945: Abweichung vom Maßstab – sich wieder heranzuarbeiten, Defizite kompensieren – bis zur „Ankunft im Westen“, in der „geglückten Demokratie“. Man könnte das die Perspektive einer „Erfüllungsgeschichte“ der Demokratie nennen¹⁵. Sie hat ihre Berechtigung, gewiss auch selber ihren historischen Ort in der Wissenschafts- und Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts. Aber sie reicht nicht mehr aus, sie wird den komplizierteren Realitäten und einer unablässigen Dynamik demokratischer Gesellschaften nicht mehr gerecht; für Deutschland nicht, aber auch für Westeuropa und Nordamerika und erst recht darüber hinaus nicht.

Was damit zur Disposition steht, ist ein bestimmtes Verständnis von Demokratie, das – im Rückgriff auf die frühmoderne politische Theorie und Praxis – in der Mitte des 20. Jahrhunderts formuliert und befestigt worden ist. Man könnte es das „klassische“ Muster der Demokratie nennen, genauer: das klassische Muster einer westlichen Demokratie, einer Demokratie „aus“ dem Westen, die diesen Westen zugleich zur normativen Orientierungsmarke erhob. In der welthistorischen Situation der 1930er bis 1950er Jahre, von der Krise der 1920er und 1930er Jahre bis in die formative Phase des „Kalten Krieges“, konsolidierte sich ein Verständnis von Demokratie, das auf der dichotomischen Gegenüberstellung zur Diktatur beruhte, vor allem im Sinne der „totalitären“ Diktaturerfahrung des deutschen Nationalsozialismus und des sowjetischen Stalinismus. Besonders nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, im Übergang zum „Kalten Krieg“, verschmolz diese politisch-

¹⁴ Als vorzügliche Fallstudie für die Historisierung eines scheinbar universellen demokratischen Prinzips vgl. jetzt Egon Flaig, *Die Mehrheitsentscheidung. Entstehung und kulturelle Dynamik*, Paderborn 2012; zu einer wieder aufbrechenden Debatte um Alternativen Hubertus Buchstein, *Demokratie und Lotterie. Das Los als politisches Entscheidungsinstrument von der Antike bis zur EU*, Frankfurt a. M. 2009.

¹⁵ Vgl. zu diesem Begriff und zwei weiteren Konzepten der Narrativierung von Demokratiegeschichte („Suchbewegung“, „Krisengeschichte“): Paul Nolte, *Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1–2 (2011), S. 5–18; ders., *Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart*, München 2012, bes. S. 16–20.

soziale Ordnungsidee mit der Idee des „Westens“, die erst zu dieser Zeit ihre bis heute weithin gebräuchliche Bedeutung annahm, einschließlich einer spezifischen räumlichen Projektion auf den nordamerikanisch-westeuropäischen Atlantik bzw. die „Pax Americana“¹⁶.

Seiner inhaltlichen Bestimmung nach könnte man diese Idee das Schumpeter-Fraenkel-Modell der Demokratie nennen. Es konzentrierte sich auf Demokratie als politische Wettbewerbsordnung einer liberal-pluralistischen Gesellschaft, die sich über die Transmissionsriemen von Parteien und Wahlen im repräsentativen System, also in Parlamenten und aus ihnen hervorgehender (bzw. von ihnen kontrollierter) Exekutive, realisierte. Bereits 1943 hatte Joseph Schumpeter, österreichischer Emigrant in Harvard, seine berühmte, „realistische“ Minimaldefinition von Demokratie formuliert: als elektoralen Wettbewerb um Machtübertragung auf Zeit¹⁷. Ernst Fraenkel – deutscher Jude, Sozialdemokrat, Flüchtling vor den Nazis und später Rückkehrer nach Berlin – untermauerte dieses pluralistisch-repräsentative Konzept durch die normative Aufladung als Maßstab einer „westlichen Demokratie“, den Deutschland, einstweilen jedenfalls die Bundesrepublik, nach langer kultureller Verweigerung nun endlich annehmen müsse und mit der Ordnung des Grundgesetzes angenommen habe¹⁸. Wenig später begann eine jüngere Generation von Soziologen wie Ralf Dahrendorf und M. Rainer Lepsius, Demokratiegeschichte und Demokratieerfüllung der Deutschen seit der Zeit des Kaiserreichs auf dieser Linie zu beschreiben, und zwar durchaus in der Absicht, sie gleichzeitig zu bewerben¹⁹.

Seitdem, also seit den 1960er Jahren, hat sich vieles verändert: Institutionen noch am wenigsten, aber Praktiken und kulturelle Selbstverständnisse der Demokratie. Die Vorstellung eines homogenen, territorial klar definierten und normativ überlegenen Westens hat seit dem Ende des Kalten Krieges mindestens tiefe Risse bekommen. Aber es fällt nicht leicht, das als fundamentale Veränderung zu erkennen, weil unsere – wiederum historisch antrainierte – Erfahrung sich auf klare Strukturbrüche richtet, auf verfassungspolitischen *Regime Change* wie 1918, 1933 oder 1945/49. Es gibt noch das Grundgesetz, und im September wählen wir wieder einen neuen Bundestag. Also ist eigentlich gar nichts passiert? Tatsächlich ist ein Ziel, gar ein utopisches Telos der neuen demokratischen Entwicklungen nicht eindeutig erkennbar – und wird es wohl auf absehbare Zeit auch nicht mehr

¹⁶ Vgl. dazu demnächst die Beiträge in: Riccardo Bavaj/Martina Steber (Hrsg.), *Germany and „the West“: A Modern Relationship* (vorauss. 2014). Siehe auch Heinrich August Winkler, *Geschichte des Westens*, bisher 2 Bde., München 2009/2011, der den Begriff des „Westens“ jedoch bewusst und dezidiert nicht historisiert.

¹⁷ Vgl. Joseph A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* (1942), Tübingen 2005.

¹⁸ Vgl. Ernst Fraenkel, *Deutschland und die westlichen Demokratien*, Stuttgart 1964.

¹⁹ Vgl. Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965; M. Rainer Lepsius, *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen*, Göttingen 1993; vgl. auch Paul Nolte, *Soziologie als kulturelle Selbstvergewisserung: Die Demokratisierung der deutschen Gesellschaft nach 1945*, in: Steffen Sigmund u. a. (Hrsg.), *Soziale Konstellation und historische Perspektive. Festschrift für M. Rainer Lepsius*, Wiesbaden 2008, S. 18–40.

sein. Die Gewissheit, mit der liberale Bürger oder radikale Handwerker etwa im deutschen Vormärz für ein fest umrissenes Grundrechtprogramm oder für ein parlamentarisches Regierungssystem eintraten und diese Ziele beharrlich, über viele Jahrzehnte, als eine klare Zukunftsagenda verfolgen konnten, wird nicht mehr zurückkehren²⁰. Aus der „Erfüllungsgeschichte“ der Demokratie ist eine tastende Suchbewegung geworden, so wie das seit den 1970er Jahren auch für andere Bereiche unserer unsicherer gewordenen Moderne gilt. Was es also zu beschreiben gilt, ist der Übergang zu den diffuseren, komplizierteren Formen einer „postklassischen“ Demokratie²¹, die per se weder besser noch schlechter ist als die des klassischen Westens, mit ziemlicher Sicherheit aber auch nicht weniger demokratisch als um 1960 oder 1970, weshalb der Begriff der „Postdemokratie“ als analytisches Konzept der Zeitgeschichte eher ungeeignet erscheint. Man wird ihn vielmehr selber historisieren, das heißt in eine lange Begriffsgeschichte der Demokratieerneuerung und Demokratiekritik einordnen müssen.

Jetzt lässt sich der Titel dieses Aufsatzes schon anders verstehen: „Jenseits des Westens“, das verweist nicht nur auf eine geographische Erweiterung im Sinne einer zunehmenden Demokratisierung „nichtwestlicher“ Regionen und Kulturkreise der Erde, etwa Ostasiens oder der arabischen Welt. Es geht auch nicht bloß um die gewiss viel diskutierte und auch wichtige Frage, ob außerhalb des Westens, aus einer ganz anderen historisch-kulturellen Tradition heraus, alternative Verfassungs- oder Gesellschaftsmodelle der Demokratie entstehen könnten: etwa eine chinesisch-konfuzianische oder eine arabisch-islamische Version von Demokratie, wie immer das aussehen könnte²². Vielmehr stehen Einheit, innere Konsistenz und äußere Abgrenzung, steht das kulturelle Selbstverständnis des westlichen Modells selber zur Debatte. Dem soll in den folgenden Abschnitten etwas genauer nachgespürt werden. Zunächst blicken wir auf Wandlungen der Demokratie in bestimmten Räumen und gehen dabei in konzentrischen Kreisen, von innen nach außen, vor: Es geht um Deutschland (2.), sodann den atlantischen Westen am Beispiel der USA (3.) und drittens um eine globale Perspektive (4.) und damit um „most of the world“, um eine ironische Formel des indisch-amerikanischen Politologen Partha Chatterjee zu zitieren²³. Die abschließenden Überlegungen

²⁰ Diese Fortschrittsgewissheit war bis vor kurzem auch noch ein Merkmal „linker“ Positionen in der Historiographie; vgl. die bemerkenswert ungebrochene Sicht auf die Geschichte von Sozialismus und (bzw. als) Demokratie bei Geoff Eley, *Forging Democracy: The History of the Left in Europe, 1850–2000*, Oxford 2002.

²¹ Mit „postklassisch“ ist hier also, auch im weiteren Sinne der Debatten über die Zäsuren des (späteren) 20. Jahrhunderts, zugleich gemeint: nach der klassischen, kollektiv-institutionalistischen Phase der Moderne und nach der „Hochmoderne“ (etwa im Sinne von Ulrich Herbert, *Europe in High Modernity: Reflections on a Theory of the Twentieth Century*, in: *Journal of Modern European History* 5 (2007), S. 5–20); vgl. auch Paul Nolte, *Abschied vom 19. Jahrhundert oder Auf der Suche nach einer anderen Moderne*, in: Jürgen Osterhammel u. a. (Hrsg.), *Wege der Gesellschaftsgeschichte*, Göttingen 2006, S. 103–132.

²² Siehe u. a. Inogushi u. a. (Hrsg.), *The Changing Nature*; Gudrun Krämer, *Demokratie im Islam. Der Kampf für Toleranz und Freiheit in der arabischen Welt*, München 2011.

²³ Vgl. Partha Chatterjee, *The Politics of the Governed. Reflections on Popular Politics in Most of the World*, New York 2004.

(5.) überschreiten die Grenzziehungen der „konzentrischen Kreise“, denn hier wird, über die verschiedenen Trends und Aspekte hinaus, die folgende These zugrundegelegt: Westliche und nicht-westliche Demokratieentwicklung überlappen sich zunehmend und treten in komplizierte Wechselwirkungen.

2. Deutsche Demokratie: Nach der Erfüllungs- und Kompensationsgeschichte

Das bereits erwähnte Narrativ der demokratischen „Erfüllungsgeschichte“ behauptet längst nicht mehr, mit der Verabschiedung des Grundgesetzes und dem In-Gang-Kommen seines Regelwerks sei die Bundesrepublik schon am Ziel gewesen. Auf der anderen Seite hat die pointierte Gegenthese, erst radikaler Protest von Studentenbewegung und „Neuer Linker“ habe Staat und Gesellschaft, im Sinne einer „zweiten Gründung“, um 1968/69 wirklich zur Demokratie werden lassen, wenig wissenschaftlichen Rückhalt gefunden. Stattdessen hat vor allem die sozial- und kulturgeschichtlich orientierte Zeitgeschichte eine Ende der 1950er Jahre beginnende und bis in die frühen 70er Jahre reichende Phase ausgemacht, in der demokratische Gepflogenheiten über den institutionellen Rahmen hinaus Mentalitäten und Verhaltensweisen der breiten Bevölkerung erreicht hätten: Die „langen 60er Jahre“ wurden zum Lernprozess, in dessen Verlauf, auch im Generationswandel, autoritäre Denkmuster und obrigkeitlicher Etatismus abgeschüttelt wurden; keineswegs als sanfter Automatismus, sondern in bisweilen heftigen Konflikten, von denen die „Spiegel-Affäre“ von 1962 und die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze auch für die neuere Forschung paradigmatischen Charakter gewonnen haben²⁴. Dieses konfliktreiche „Selbst-Lernen“ von Demokratie, wie es Ulrich Herbert und seine Schüler vielfach herausgearbeitet haben, überlappte sich mit der von Anselm Doering-Manteuffel und seiner Forschungsgruppe beschriebenen „Westernisierung“ der Bundesrepublik, die sich ganz praktisch in vielfältigen internationalen, westeuropäischen und transatlantischen Netzwerken vollzog, von Intellektuellen ebenso wie von Gewerkschaftern²⁵.

Diese Lesart ist weithin unumstritten – so sehr, dass sie manchmal schon wieder zu „glatt“ und widerspruchsfrei wirkt. Aber hier interessiert uns vor allem, was eigentlich danach kommt. In den 1970er Jahren geriet die Bundesrepublik öko-

²⁴ Vgl. Ulrich Herbert, Liberalisierung als Lernprozess. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: Ders. (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002; Matthias Frese u. a. (Hrsg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2005; Christina v. Hodenberg, Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973, Göttingen 2006.

²⁵ Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999; als Fallstudie vgl. z. B. Julia Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003. Vgl. außerdem den Entwurf Konrad Jarauschs mit dem zentralen Begriff der „Rezivilisierung“: Konrad H. Jarausch, Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995, München 2004.

nomisch und innenpolitisch in neues und schwieriges Fahrwasser. Weiterer Ausbau stand kaum mehr zur Debatte – für den Sozialstaat ebenso wenig wie für die Demokratie. Helmut Schmidt verkündete, im Unterschied zu Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“, „Kontinuität und Konzentration“. Aber nach dem konfliktvoll-erfolgreichen Lernprozess der „langen 60er Jahre“, so könnte man das noch unsichere Bild der Forschung vorläufig zusammenfassen, war die westdeutsche Demokratie zu ihrem 25-jährigem Bestehen so weit konsolidiert, dass sie nun in eine Phase der Normalität übergehen konnte, in der Krisen und Anfechtungen wie die mögliche Verlockung eines autoritär-etatistischen Rückfalls angesichts des RAF-Terrorismus im „Deutschen Herbst“ 1977 bestanden wurden. „Stabilität“ war schon für die Zeitgenossen das Signum der Epoche, gewiss auch eine kulturelle Wunschprojektion; noch halb in der Abgrenzung zu Weimar sprach man von der „Hyperstabilität“ der Bundesrepublik und glaubte, ihr „Zweieinhalb-Parteien-System“ würde ewig bestehen. So überbrückt man die vergleichsweise kurze Zeit bis 1989, bis zur demokratischen Revolution in der DDR und der schnell folgenden Vereinigung unter dem Dach der bundesrepublikanischen Verfassungs- und Rechtsordnung. Zweifellos, das lässt sich als ein Stück nachgeholter „Erfüllungsgeschichte“ deutscher Demokratie beschreiben, und nicht wenige verführte die Konstellation jener Jahre ja überhaupt dazu, von einer Vollendung der Geschichte zu sprechen, vom „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) in siegreich-zeitlos-stabiler westlicher Ordnung. Das spiegelte sich zunächst auch in der deutschen Zeitgeschichte. Aber die Prognose ist wohl nicht sehr gewagt, dass dieses Bild viel komplexer werden muss. Bürgerrechtsrevolution und Montagsdemonstrationen zielten nicht unmittelbar auf die Übernahme des Grundgesetzes in Berlin und Leipzig, so wenig wie das Grundgesetz die Revolution „verraten“ hat²⁶. Was aber bleibt, jenseits von Glättung oder Romantisierung, als Erbe und Fortwirkung der demokratischen Revolution von 1989? Darüber ist das letzte Wort noch längst nicht gesprochen. Und wenn die westdeutsche Demokratie nicht 1949 schon fertig gebacken war, dann die ostdeutsche auch nicht am 3. Oktober 1990. Gibt es ein ostdeutsches Pendant zum westdeutschen Lernprozess der langen 1960er Jahre?

Grundsätzlicher noch wird man berücksichtigen müssen, dass die Geschichte der deutschen Demokratie der letzten Jahrzehnte über die so skizzierte Ereigniskette: vom westlichen Lernprozess zur Bewährung in der Krise, dann von demokratischer Vereinigung zu erneuter „Normalität“ des frühen 21. Jahrhunderts, hinausreicht, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Dazu vier Überlegungen: Erstens bildet das Fortschrittsnarrativ, die *Whig Interpretation* der zweiten deutschen Republik, längst nicht die ganze Realität ab. Der Blick müsste sich auch auf wenn nicht gescheiterte, so doch steckengebliebene Projekte der Demokratisierung richten. So spielt die Forderung nach einem Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung, also der „Wirtschaftsdemokratie“, seit dem Ende der 1970er Jahre kaum noch eine Rolle, und der Begriff selber ist aus der Semantik der modernen Demokratie

²⁶ Siehe z. B. Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), *Revolution und Wiedervereinigung 1989/90*. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009.

(wieder) nahezu verschwunden. Vermutlich hat auch die gesamtgesellschaftliche Prägekraft betrieblicher Aushandlung und Partizipation parallel zur Erosion der klassischen fordistischen Produktionsgesellschaft abgenommen. Die um 1970 so leidenschaftlich debattierte „Demokratisierung aller Lebensbereiche“ steht längst nicht mehr auf den Bannern unserer Zeit, auch wenn die Ansprüche auf Demokratisierung seit den 1980er Jahren nicht nachgelassen haben²⁷. Man sucht sie aber nicht mehr zuerst in der institutionellen Nachahmung elektoraler und repräsentativer Verfahren, so dass eine Universität erst dann demokratisch bzw. einer demokratischen Gesellschaft gemäß wäre, wenn verschiedene „Gruppen“ proportional in ihren Gremien vertreten sind. Dieses Beispiel zeigt im übrigen nicht nur, dass man genauer hinschauen sollte, was aus institutionellen Strategien und kulturellen Horizonten früherer Demokratisierung in den letzten drei Jahrzehnten geworden ist. (Ebenso, wie es auch in früheren Zeiten immer wieder „Sackgassen“ von Demokratisierungsstrategien gegeben hat.) Es wirft auch Fragen an das Narrativ einer den Westen adaptierenden, die westlichen Alliierten einholenden Demokratisierung auf, denn in Oxford, Paris oder Harvard gab es keine „Drittelparität“ und gibt es sie bis heute nicht; man würde sich aber schwertun, daraus zu folgern, die Bundesrepublik sei seit den 1970er Jahren demokratischer als ihre einstmaligen westlichen Lehrmeister.

Zweitens wird dennoch schwer bestreitbar sein: Ein wesentlicher Grundzug der gesellschaftlichen und politisch-kulturellen Entwicklung seit den 1970er Jahren ist eine Gewichtsverschiebung von der klassischen, der institutionellen und repräsentativen zur Demokratie als Lebensform. Man mag darin einen späten Sieg John Deweys über Joseph Schumpeter sehen oder, historisch und funktional interpretiert: Das Minimalmodell Schumpeters hatte seine Schuldigkeit getan, als die Demokratie die große Krise der Zwischenkriegszeit und die totalitäre Herausforderung überstanden hatte²⁸. Das Einsickern einer demokratischen, das heißt hier vor allem: einer egalitären und partizipativen Kultur in alle Poren der Gesellschaft, auch des privaten Lebens, seit den 1970er Jahren stellt wohl einen der mächtigsten Transformationsprozesse der „Postmoderne“ dar. Inzwischen hat die zeithistorische Forschung seine soziokulturellen Dimensionen schon recht klar herausgearbeitet und sollte beginnen, ihn auch, im weitesten Sinne, als politische Revolution zu begreifen. Aus der Sicht des frühen 21. Jahrhunderts sind nicht nur die immer schon sprichwörtlich muffigen 1950er, sondern auch noch die 1970er Jahre hierarchisch, autoritär und patriarchalisch gewesen, mit vielen Zügen dessen, was bei den Frühneuzeitlern *deferential society* genannt wird: eine Gesellschaft, in der man seinen Platz kannte und den Abstand von Höherrangigen als selbstver-

²⁷ Vgl. z. B. Fritz Scharpf, *Demokratiethorie zwischen Utopie und Anpassung*, Konstanz 1970; Wilhelm Hennis, *Demokratisierung. Zur Problematik eines Begriffs*, Köln/Opladen 1970.

²⁸ Vgl. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Dagegen steht Deweys Vorstellung von Demokratie als „way of life“; vgl. John Dewey, *Creative Democracy: The Task Before Us* (1939), in: Ders., *The Later Works, 1925–1953*, Bd. 14, Carbondale/IL 1976, S. 224–230; Robert B. Westbrook, *John Dewey and American Democracy*, Ithaca 1991; Nolte, *Was ist Demokratie?*, S. 348 ff.

ständig akzeptierte²⁹. Allein die (immer noch unvollkommenen) Fortschritte bei der Einbeziehung von Frauen in die politische Gesellschaft in den letzten drei bis vier Jahrzehnten sprechen dezidiert gegen jede Vorstellung vom Abstieg einer Demokratie, die um 1970 ihren Höhepunkt erreicht habe.

Drittens hat sich aber auch in einem Kernbereich der „klassischen“ Demokratie seitdem viel verändert, ohne dass man leichthin sagen könnte, ob darin Fortschritt oder Rückbau zum Ausdruck kommt. Es war bereits, etwas ironisch mit Lenin, von Parteien und Verbänden als den „Transmissionsriemen“ zwischen Gesellschaft und Staat die Rede. M. Rainer Lepsius nannte dieses zentrale Scharnier der politischen Gesellschaft in einer Demokratie die „intermediären Institutionen“³⁰. Jedenfalls in ihrer klassischen Gestalt sind sie seit den siebziger Jahren erodiert – wie im dramatischen Mitgliederrückgang der SPD – und haben wohl auch, schwerer messbar, an Bedeutung verloren: Das dürfte für die Gewerkschaften ebenso gelten wie für die klassischen Interessenverbände, die zumal in Deutschland mit seiner quasi-korporatistischen Tradition seit dem Kaiserreich eine wichtige politische Rolle gespielt hatten. Die Bundesrepublik hatte Parteien und Verbände in die Demokratie inkorporiert, und im Grundgesetz war sogar die Funktion der Parteien verfassungsrechtlich gewürdigt worden. Nun vollzog (und vollzieht) sich, parallel zum Abstieg der intermediären Institutionen, der Aufstieg der partizipatorischen Demokratie, die der individuellen und spontanen Interessenartikulation ein größeres Gewicht beimisst. Ohne Organisation kommt auch sie nicht aus, aber der Organisationstyp ist ein anderer; er hat sich aus den sozialen Bewegungen konstituiert und heißt Bürgerinitiative, *advocacy group* oder NGO. Was bedeutet das, zumal da die intermediären Verbände in Lepsius' historischer Soziologie eine vermeintlich unverzichtbare Sicherungsfunktion gegen die diktatorische Direktvereinnahmung der Gesellschaft durch den Staat wahrnehmen sollten? Auch daran sieht man sehr gut, wie jenseits des empirischen Wandels die Stimmigkeit der herkömmlichen Demokratieverzählung brüchig wird.

Schließlich, viertens, der europäische Integrationsprozess und seine demokratischen Implikationen. Die Geschichte der europäischen Einigung lässt sich gerade aus deutscher Perspektive als Geschichte demokratischer Sehnsüchte schreiben: Weil der eigene Nationalstaat sich nicht als demokratietauglich erwiesen hatte, waren und sind die Deutschen zu einem Souveränitätstransfer auf europäische Institutionen viel eher bereit als die meisten ihrer Nachbarn. Zudem konnten sie sich leicht auf die eigene föderale Tradition und Staatsbildung berufen und glaubten deshalb eine Zeitlang, die nationale Einigung werde sich, eine Ebene höher, nun als europäische wiederholen. Die Realität zumal der letzten zwei Jahrzehnte, seit dem Vertrag von Maastricht, hat auch hier die klassische „whiggistische“ Vision zerrieben. Stattdessen hat sich mit der Europäischen Union ein kompliziertes Mischgebilde etabliert, „monstro simile“ würde Samuel von Pufendorf es nennen, in dem Elemente klassischer und repräsentativer Demokratie wie

²⁹ Insbesondere im Geschlechter- und Generationenverhältnis, aber auch in der Ehrerbietung gegenüber Amtsträgern, Bildungsbürgern usw. (Ärzte, Pfarrer, Professoren).

³⁰ Vgl. M. Rainer Lepsius, *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen 1990.

das Parlament eher eine untergeordnete Rolle spielen; daneben stehen Institutionen und Verfahren delegierter Demokratie, aber auch eine Stärkung der bürgerimmediaten Demokratie individueller Grundrechte, vor allem in der europäischen Gerichtsbarkeit. Auch wenn größere Konvulsionen der europäischen politischen Verfasstheit für die nächsten zehn Jahre nicht auszuschließen sind – plausibel ist zunächst einmal etwas anderes: Wir sehen keine gescheiterte oder steckengebliebene Demokratisierung (nämlich gemessen an den Kriterien der klassischen Demokratie), sondern ein weiteres Stück der postklassischen Mehrebenendemokratie, die zugleich eine *fuzzy democracy* ist, denn die Ebenen verfließen, statt klar voneinander abgegrenzt zu sein: hier Nation, dort Europa; hier parlamentarische Kompetenz, dort Bürgerbeteiligung. Und nicht zuletzt: Die europäische Integration hat auf diese Weise einem vermeintlich gemeinsamen westlichen oder nordatlantischen Demokratiemodell noch mehr den Boden entzogen, als wir es nach meinem Eindruck oft wahrhaben wollen. Wenn die europäische Demokratie immer weniger eine nationalstaatliche ist, unterscheidet sie sich immer stärker von derjenigen der USA.

Was aber die deutsche Geschichte angeht, zieht sich durch alle vier Überlegungen die Frage, wie angemessen für die letzten drei bis vier Jahrzehnte das Narrativ einer demokratischen Verwestlichung oder Normalisierung noch ist. Nicht einmal in den 1950er oder 60er Jahren hat die westdeutsche Demokratisierung nur Beschädigungen durch die nationalsozialistische Diktatur (oder auch: durch noch ältere „Deformationen“ politischer Kultur in Deutschland) wettgemacht. Gerade in der Liberalisierung von Gesellschaft und Kultur hat die Bundesrepublik häufig eher mitvollzogen, was im allgemeinen Trend der Moderne lag. Oder sie ist eigenen Pfadabhängigkeiten gefolgt, ohne damit notwendig in der Spur von Nationalsozialismus oder antidemokratischer Tradition zu bleiben. Nach diesen Mischungsverhältnissen muss man in Zukunft genauer fragen.

3. Demokratie in Amerika: Das Vorbild auf eigenen Wegen

Wir wechseln die Ebene für den zweiten der „konzentrischen Kreise“ und werfen einen kurzen Blick auf die andere Seite des Atlantiks. Damit soll die Frage nach der Einheit und Fortdauer einer „westlichen“ Demokratiegeschichte vertieft werden, und zwar sowohl in empirischer als auch in konzeptueller Hinsicht. Zugleich aber geht es um eine „Probepbohrung“ in das politisch-kulturelle Terrain der nicht nur machtpolitisch-militärischen, sondern mutmaßlich auch ideologisch-kulturellen Führungsmacht westlicher Demokratie. Was das erste betrifft, könnte man gewiss auch die europäische Landschaft jenseits der Bundesrepublik genauer vermessen: Großbritannien und Frankreich als nach dem Zweiten Weltkrieg hochstilisierte Vorbilder westlicher Freiheit; die südeuropäischen *Latecomer* der 1970er Jahre, die nicht zufällig zugleich die Krisenländer der Gegenwart sind; und nicht zuletzt die jungen ostmitteleuropäischen Demokratien wie Polen. Der Akzent liegt hier, exemplarisch, auch deshalb auf den USA, um die transatlantische Perspektive in der Zeitgeschichte wachzuhalten. Denn angesichts der Konjunktur einer „Europäischen Geschichte“ in Büchern und Forschungsprojekten auch der

Zeitgeschichte, in denen die Vereinigten Staaten häufig nicht mehr vorkommen³¹, drängt sich manchmal überhaupt die Frage auf: Gibt es noch eine Einheit der „westlichen“ Zeitgeschichte – oder haben Politik, Gesellschaft und Kultur der USA sich nach den unmittelbaren Nachkriegsjahrzehnten, also wiederum vor allem seit den 1970er Jahren, in eine ganz andere Richtung als Europa entwickelt?

Zunächst ist, was die diskursive Verhandlung der Demokratie angeht, manches Klischee nicht ganz falsch. Obwohl die Amerikaner ausweislich vieler Umfragen eine noch geringere Meinung von der Seriosität und Leistungsfähigkeit ihres nationalen Parlaments, besonders des Repräsentantenhauses, haben als die Deutschen von ihrer „Abgeordnetenklasse“, scheint das Vertrauen in die Stabilität der demokratischen Regierungsform wesentlich tiefer zu wurzeln als vielerorts in (Kontinental-) Europa. Das ist auch ein historischer, und historisch erklärbarer, Befund. Amerikanische Republik und Demokratie sind in ihrem institutionellen Kern wie in vielen Elementen der politischen Kultur älter und haben sich, bei allen Defiziten und aller Konflikthaftigkeit, doch kontinuierlicher entwickelt als im Kontinentaleuropa des 20. Jahrhunderts. Die marxistische Tradition der Demokratietheorie und Demokratiekritik, die in Europa bis heute immer wieder den Diskurs befeuert – derzeit etwa mit dem schon erwähnten Colin Crouch, mit Chantal Mouffe oder Slavoj Žižek –, ist in den USA viel schwächer; auch die Linke folgt dort weithin einem patriotischen Narrativ der Erfüllung, Erweiterung und Verbesserung der eigenen demokratischen Tradition³².

So dominiert auch in der amerikanischen Geschichtswissenschaft eine Variante der „Erfüllungsgeschichte“, die dem skizzierten deutschen Muster, abzüglich des Nationalsozialismus, sogar durchaus ähnelt. Natürlich betont man heute viel mehr als in der „Consensus“-Historiographie der Nachkriegszeit die Unvollkommenheit, die Defizite und eklatanten Widersprüche der Gründungszeit des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts³³. Doch von dort zieht sich eine Linie des Kampfes um die Einlösung der ursprünglichen Versprechen bis in das zweite Drittel des 20. Jahrhunderts: vor allem ein Kampf um Einbeziehung, um gleiche Rechte für die Frauen und, historiographisch wichtiger noch, die *African Americans*, vor allem die Nachkommen der Sklaverei in den Südstaaten. Auch in sozialgeschichtlich und linksliberal getönten Lehrbüchern für den akademischen Unterricht kommt man von der großen Straße der Freiheit trotz mancher Schlaglöcher, Baustellen und Umwege nur selten ab. Wenn es schwierig wird, lautet die Lieblingsvokabel *resilience*: Die Unterdrückten wussten sich zu wehren oder zumindest ihre Würde zu

³¹ Dieses Problem lohnte einmal eine gesonderte Behandlung, in der die Wechselwirkung von realhistorischen Transformationen der Europäisierung mit Mechanismen der Wissenschafts- und Publikationspolitik (Programme, Förderinstrumente, Lehrstuhlbezeichnungen, Buchreihen u.v.m.) analysiert werden müsste.

³² Vgl. z. B. Richard Rorty, *Achieving Our Country: Leftist Thought in Twentieth-Century America*, Cambridge/MA. 1998.

³³ Im Sinne einer schärferen Unterscheidung von „Republikanismus“ und „Demokratie“ vgl. Gordon S. Wood, *The Radicalism of the American Revolution*, New York 1992; als neuere Regionalstudie vgl. John L. Brooke, *Columbia Rising: Civil Life on the Upper Hudson from the Revolution to the Age of Jackson*, Chapel Hill 2010.

wahren, bis die Bewährungsproben bestanden waren und die Nation wieder auf den großen Pfad der demokratischen Verbesserung zurückgefunden hatte³⁴.

Diese Meistererzählung führt durch extremen Rassismus und Gewalt im Süden nach Bürgerkrieg und *Reconstruction* bis in die 1960er und 1970er Jahre, in die große Zeit der Bürgerrechtsbewegung und ihrer schließlichen Erfolge wie den *Voting Rights Act* von 1965, zur neuen Frauenbewegung, neuerdings auch öfters zu den Anfängen der Anerkennung von Homosexuellen – aber auch hier liegen die „Stonewall Riots“ als vielzitierte Initialzündung (und Ursprung des „Christopher Street Day“) bereits im Juni 1969. Danach wird es schwieriger. Ganz offensichtlich tun sich auch die Zeithistoriker der USA nicht leicht mit der allerjüngsten Geschichte ihrer eigenen Demokratie. Hat die konservative Wende der Reagan-Ära, die spätestens in der Mitte der 1970er Jahre begann, Demokratisierung und Inklusion abgebremst? Oder ist die Fokussierung auf Parteipolitik und Ideologie, auf neuen christlichen Fundamentalismus und Tea Party-Radikalismus zu eng und versperrt den Blick auf jene *strukturellen* Veränderungen der amerikanischen *political society*, die auch für Deutschland und Europa erst noch empirisch und historiographisch abgesichert werden müssen³⁵?

Wie auch immer demokratische Praxis auf der Straße, an der ballot box, in den Parlamenten sich jüngst entwickelt haben mag – für die Kulturgeschichte der amerikanischen Demokratie³⁶ seit den 1980er Jahren dürfte die Sehnsucht nach institutioneller Stabilität ein Hauptmerkmal sein. Die Verfassungskultur ist dafür ein gutes und sehr wichtiges Beispiel. Das letzte substantielle *Amendment* der Bundesverfassung, ihr 26. Zusatz, ist 1971 ratifiziert worden: die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre – so wie das viele europäische Demokratien fast gleichzeitig getan haben. Auch in den 1960er Jahren ging es in zwei *Amendments* um Wahlrechte, also um die klassische Agenda der politischen Gleichheit und des Ausbaus von Partizipationsrechten, und schon früher haben die USA ihre vermeintlich unabänderliche Verfassung in Reformphasen immer wieder erweitert und modifiziert – den befreiten Sklaven Bürger- und Wahlrechte gegeben und die Senatoren vom Volk direkt wählen lassen. Heute aber ist es schlechterdings nicht vorstellbar, das Recht auf Waffenbesitz durch einen Verfassungszusatz einzugrenzen. Der sogenannte *constitutional originalism* prägt die politische Kultur der jüngsten Zeit, also die Vorstellung, in der 1787 geschriebenen Verfassung sei ein für allemal alles gesagt, und man müsse sich nicht nur an ihren Wortlaut, sondern an den damals unter ganz anderen Bedingungen gemeinten Sinn möglichst exakt halten³⁷.

³⁴ Siehe z. B. Gary B. Nash/Julie Roy Jeffrey u. a., *The American People: Creating a Nation and a Society*, New York 21990, S. 884ff.: „A Resilient People“ (u. weitere Auflagen). Vgl. auch Eric Foner, *Give Me Liberty! An American History*, New York 32012.

³⁵ Vgl. etwa Sean Wilentz, *The Rise of American Democracy: Jefferson to Lincoln*, New York 2005; und als zeithistorische Annäherung desselben Autors: *The Age of Reagan. A History, 1974–2008*, New York 2008.

³⁶ Dazu vorzüglich, bis in die 1980er Jahre Robert H. Wiebe, *Self-Rule: A Cultural History of American Democracy*, Chicago 1995.

³⁷ Vgl. Jill Lepore, *The Story of America. Essays on Origins*, Princeton 2012.

Die Hyperstabilität der amerikanischen Demokratie ist insofern natürlich nur eine kulturelle, teils sogar ideologische Konstruktion, obwohl sich Merkmale einer, jedenfalls im Vergleich zu vielen europäischen Ländern, größeren institutionellen und kulturellen Kontinuität durchaus nachweisen lassen. In einer demographisch stark expandierenden Einwanderungsgesellschaft bleibt die politische Inklusion von Minderheiten ein wichtiges Thema; die Gewichte verschieben sich seit den 1980er und 1990er Jahren zu den Hispanics, ferner stellt sich die Frage staatsbürgerlicher und sozialer Rechte für illegale („undokumentierte“) Einwanderer. Die historiographisch schon viel beachtete „Rechtswende“ Amerikas seit den 1970er Jahren³⁸ hat die Unterschiede zwischen der amerikanischen und der europäischen politischen Kultur vermutlich vergrößert, besonders im Vergleich mit der zentristischer und konsensualer statt polarisierter gewordenen Bundesrepublik. Sie hat aber Demokratisierung nicht stillgestellt, sondern sogar dazu beigetragen, neue Formen der populären Mobilisierung, der partizipativen Demokratie von den Rändern der Gesellschaft, von den „Neuen Sozialen Bewegungen“, in ihre Mitte zu tragen, zu den konservativen weißen Mittelschichten, zu den Hausbesitzern und Steuerzahlern mit ihren spezifischen Interessen. Immer wieder erlebte die amerikanische Geschichte Wellen der direkten Demokratie; nach der Bewegung der „Progressive Reform“ zu Beginn des 20. Jahrhunderts³⁹ wird man seit den 1970er Jahren einen neuen, wenngleich schwächeren Schub in diese Richtung erkennen können, erneut mit einem regionalen Schwerpunkt in den westlichen Staaten, allen voran Kalifornien. Die berühmte „Proposition 13“ zur Begrenzung der Grundsteuern leitete hier 1978 einen nationalen Boom von Volksabstimmungen ein und wurde zum ikonischen Moment der „Steuerzahlerrevolte“⁴⁰. Hier haben die USA institutionelle und politisch-kulturelle Wege beschritten, die keineswegs zum Standardmodell einer „westlichen“ Fortentwicklung von Demokratie wurden.

Auf der anderen Seite hat die amerikanische Demokratie auch in den letzten drei bis vier Jahrzehnten einen Teil ihrer globalen Pionierfunktion und Innovationskraft behalten können. Was in den 1950er und 1960er Jahren für die Bürgerrechtsbewegung als globalem Paradigma neuen zivilgesellschaftlichen Protests galt, wiederholte sich, wenn auch in diffuserer und weniger dramatischer Weise, seit den 1980er Jahren mit dem Aufstieg der *advocacy groups*, von *issue*-orientierten Interessengruppen vor allem in den Feldern der Menschen- und Bürgerrechte, des Konsumenten- und des Umweltschutzes. Vielleicht könnte man ähnliches auch für die technologischen Innovationen der letzten zwei Jahrzehnte

³⁸ Vgl. z. B. Lisa McGirr, *Suburban Warriors: The Origins of the New American Right*, Princeton 2001; Kevin M. Kruse, *White Flight: Atlanta and the Making of Modern Conservatism*, Princeton 2005; Bruce J. Schulman/Julian E. Zelizer (Hrsg.), *Rightward Bound: Making America Conservative in the 1970s*, Cambridge/MA. 2008.

³⁹ Vgl. Thomas Goebel, *A Government by the People: Direct Democracy in America, 1890–1940*, Chapel Hill 2002.

⁴⁰ Vgl. Arthur O'Sullivan u. a., *Property Taxes and Tax Revolts: The Legacy of Proposition 13*, New York 1995; Mark Baldassare/Cheryl Katz, *The Coming Age of Direct Democracy: California's Recall and Beyond*, Lanham/MD. 2008.

sagen, also das Internet und besonders das „Web 2.0“ mit seinen sozialen Diensten wie *Facebook* und *Twitter*⁴¹. Aber sind das noch genuin „amerikanische“ oder „westliche“ Erfindungen, weil diese Ideen in den USA entstanden und die dazu gehörigen Unternehmen dort beheimatet sind? In der jüngsten Geschichte der Demokratie haben doch gerade vermeintliche Nachzügler, haben „rückständige“ nichtwestliche Länder, vom Iran über die Ukraine bis Ägypten und Tunesien, die spannenden ersten Kapitel der digitalen Demokratie geschrieben.

So ist das Bild, aus der Sicht der USA auf Deutschland, Europa und auch darüber hinaus, kompliziert und widersprüchlich. Vieles deutet auch hier auf eine Zäsur in den 1970er Jahren, nach der die transatlantische Bindekraft einer „westlichen“ Demokratie eher nachgelassen hat, die Differenzen damit gewachsen sind⁴². So wendet sich auch in der amerikanischen Geschichte allmählich das historiographische Blatt: Wie schon etwas länger in Europa, werden auch hier die 1970er Jahre peu a peu als eine tiefgreifende Zäsur erkennbar, die herkömmliche kulturelle Selbstverständnisse seit dem 18. Jahrhundert aufgebrochen und fragmentiert hat⁴³. Aber die Zeitgeschichte der Demokratie in Amerika folgte in den letzten vier Jahrzehnten doch in vieler Hinsicht anderen Rhythmen und anderen Richtungen als die Europas, etwa in der Re-Ideologisierung von Parteien und politischer Kultur oder mit der fortdauernden Bedeutung der Inklusionsproblematik in einer Einwanderergesellschaft, die zugleich immer noch Post-Sklaverei-Gesellschaft ist. Auch in dieser Perspektive löst sich die Einheit des Westens also auf.

4. Globale Demokratie: Jenseits des Universalismus

Damit sind wir beim dritten der „konzentrischen Kreise“ einer Demokratiegeschichte der letzten Jahrzehnte: einer globalen Perspektive, die durch eine komplizierte Dialektik von Unterscheidung und Gemeinsamkeit, Gegen- und Gleichläufigkeit westlicher und nichtwestlicher Entwicklungen gekennzeichnet ist. „*The West and the rest*“, sagte man ja gelegentlich ironisch⁴⁴ und bereits mit der Absicht, die normative Überlegenheit und faktische Dominanz des westlichen Ordnungsmodells kritisch zu brechen. In der Hochphase der klassischen Demokratie, in den „goldenen“ Nachkriegsjahrzehnten und generell während des „Kalten Krieges“, sah das Modell einer nichtwestlichen Demokratiegeschichte ungefähr

⁴¹ Siehe nur Claus Leggewie/Christoph Bieber, *Demokratie 2.0. Wie tragen neue Medien zur demokratischen Erneuerung bei?*, in: Claus Offe (Hrsg.), *Demokratisierung der Demokratie*, Frankfurt a. M. 2003, S. 124–151; Tobias Moorstedt, *Jeffersons Erben. Wie die digitalen Medien die Politik verändern*, Frankfurt a. M. 2008; Pippa Norris, *Digital Divide: Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet Worldwide*, Cambridge 2001.

⁴² Vgl. dazu allgemein Paul Nolte, *Transatlantic Ambivalence: Germany and the United States Since the 1980s*, in: Konrad H. Jarausch/Harald Wenzel (Hrsg.), *Good Germans? New Transatlantic Perspectives*, New York 2013 (im Druck).

⁴³ Siehe Daniel T. Rodgers, *Age of Fracture*, Cambridge/MA. 2011.

⁴⁴ Oder sagt es immer noch; vgl. Niall Ferguson, *Civilization: The West and the Rest*, London 2011.

so aus: Die große Bewährung gegen die faschistische Herausforderung, vor allem in Gestalt des deutschen Nationalsozialismus, war gelungen; jetzt galt es, die zweite Prüfung in Gestalt des sowjetischen Kommunismus zu bestehen. Freiheit und Demokratie als natürliche Sehnsüchte des Menschen würden sich langfristig überall durchsetzen, wenn die feindlichen Kräfte eingedämmt und schließlich besiegt waren; unglücklicherweise konnte die Eindämmung sich nicht immer demokratischer und ziviler Methoden bedienen. Das war die antitotalitäre Variante. Oder man sah die ganze Welt in einem unaufhaltsamen Fortschritts- und Modernisierungsprozess, in dem der Westen, zufällig oder nicht⁴⁵, seit der Frühen Neuzeit die Führung übernommen habe. Nicht nur in der „Zweiten“, also der sowjetkommunistischen, sondern auch in der „Dritten Welt“, in den „Entwicklungsländern“, würden aus ländlichen Gesellschaften städtische werden, aus Subsistenzwirtschaft Marktkapitalismus, aus Klientelherrschaft und Autoritarismus Rechtsstaat und Demokratie.

Nicht zuletzt im „Westen“ selber haben sich die Sozial- und Kulturwissenschaften, haben sich Intellektuelle angewöhnt, solche Sichtweisen für einseitig und bemitleidenswert zu halten. Im Zeichen von Postkolonialismus und westlicher Selbstkritik lässt sich eine Globalgeschichte der Demokratie gewiss nicht mehr auf diese Fundamente alleine bauen. Aber ein alternatives Narrativ ist nicht so leicht erkennbar, und intuitiv folgen auch die Wissenschaften oft noch wie selbstverständlich, und teils mit guten Gründen, den „alten“ Denkmustern, wenn wir die erfolgreiche Konsolidierung der polnischen Demokratie bewundern oder auf einen Erfolg der Revolution in Ägypten hoffen. Die Perspektive einer globalen Ausbreitung der Demokratie ist in den letzten drei Jahrzehnten auch weder empirisch widerlegt noch theoretisch disqualifiziert worden. Aber die Stimmen sind vielfältiger, das Terrain ist zerklüfteter geworden. Wiederum gilt: Das zu ordnen und zu rekonstruieren, ist selber schon wesentlicher Teil einer Kulturgeschichte der Demokratie in jüngster Zeit.

Ein klassischer Ausgangspunkt dafür ist die Vorstellung einer globalen Ausbreitung der Demokratie im 20. Jahrhundert in immer neuen Schüben, in bisher drei oder vier Wellen, wie sie der amerikanische Politikwissenschaftler Samuel Huntington vorgeschlagen hat⁴⁶: Die Folgen des Ersten Weltkriegs wirkten als eine erste Welle, mit der Schaffung demokratischer Nationalstaaten nach Wilsonschen Prinzipien, und nicht zuletzt mit der Demokratisierung Deutschlands. Der Ausgang des Zweiten Weltkriegs löste demzufolge eine zweite Welle aus – wiederum mit „deutscher Beteiligung“, aber auch nach Ostasien, besonders Japan, ausgreifend. Eine dritte Welle ließ Huntington mit der Demokratisierung Südeuropas in der Mitte der 1970er Jahre beginnen, die mit der demokratischen Transformation Ostmitteleuropas 1989/90 ihren Abschluss fand. Kurz nach Beginn des „Ara-

⁴⁵ Für die neue Debatte darüber vgl. bes. Kenneth Pomeranz, *The Great Divergence: China, Europe, and the Making of the Modern World Economy*, Princeton 2000.

⁴⁶ Vgl. Samuel P. Huntington, *Democracy's Third Wave*, in: *Journal of Democracy* 2 (1991), Nr. 2/Frühjahr, S. 12–34; ders., *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman/OK. 1991.

bischen Frühlings“ sprach man schon von einer „vierten Welle“, der Demokratisierung der islamisch-arabischen Welt⁴⁷. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Metapher bewähren wird. Blickt man auf Studien der empirischen Politikwissenschaft, ist das auch in jüngster Zeit und bis heute anhaltende „Demokratischer Werden“ der Welt nahezu unstrittig – ob man nun den Anteil an allen souveränen Staaten, die globalen Bevölkerungsanteile oder kompliziertere Indikatoren wie den „*Human Development Index*“ heranzieht⁴⁸. Es bedarf dazu gar keines altmodischen Triumphalismus, keines Schwarz-Weiß-Denkens zwischen guten und bösen Regimen. Auch kritisch angehauchte Konzepte wie das der „defekten Demokratie“, maßgeblich von dem Berliner Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel entwickelt und angewandt, setzen einen ziemlich klaren, auch normativen Maßstab, der mit Kriterien wie Rechtsstaat, freier Presse oder Gewaltenteilung letztlich der westlichen, der europäisch-nordamerikanischen Tradition folgt⁴⁹. Dennoch wird eine historische Blindstelle der „Wellen“-Theorie schnell offenbar, wenn man an die russisch-sowjetische Entwicklung seit 1917 oder an das schnelle Scheitern der meisten kontinentaleuropäischen Demokratien seit der Mitte der 1920er Jahre denkt. Neben Wellen der Demokratisierung gab es also auch solche des demokratischen Scheiterns, der Devolution von Demokratie.

Den Vorwurf einer liberal-optimistischen Vereinfachung, der einen Teil der empirischen Politikwissenschaft treffen mag, kann man der politischen Theorie und Philosophie jedenfalls nicht machen. Hier setzt sich der alte Kampf zwischen universalistischen und kulturalistischen Positionen mit neuer Schärfe fort. Ja, sagt Jürgen Habermas, Demokratie ist mehr als nur ein westliches Sonderprodukt; sie beruht letztlich auf ganz tiefliegenden Ansprüchen freier Verständigung und freier Sozialität⁵⁰. Unter idealen Laborbedingungen wäre die ganze Welt, wären Menschen aller Kulturen demokratisch; nicht notwendig unter der amerikanischen Bundesverfassung oder dem deutschen Grundgesetz, aber (für Habermas) vermutlich auch nicht sehr weit davon entfernt. Nein, widersprechen die kritischen „Relativisten“ und geißeln, wie die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe, Habermas' „kosmopolitische Illusion“: Das alles zementiere doch nur den im alten Kolonialismus längst gescheiterten Anspruch westlicher Vorherrschaft und liefere die postkoloniale Welt neuer Abhängigkeit aus⁵¹. Wieder andere wie der indisch-amerikanische Ökonom Amartya Sen, gewiss neokolonialer Seh-

⁴⁷ Vgl. z. B. Philip N. Howard/Muzammil M. Hussain, *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, Oxford 2013.

⁴⁸ Vgl. Ronald Inglehart/Christian Welzel, *Modernization, Cultural Change, and Democracy: The Human Development Sequence*, Cambridge 2005.

⁴⁹ Vgl. Wolfgang Merkel, *Embedded and Defective Democracies*, in: *Democratization* 11 (2004), Nr. 5, S. 33–58; ders. u. a., *Defekte Demokratie*, 2 Bde., Opladen 2003/Wiesbaden 2006.

⁵⁰ Vgl. bes. Jürgen Habermas, *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt a.M. 1992.

⁵¹ Vgl. Chantal Mouffe, *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt a. M. 2007; dies., *Das demokratische Paradox*, Wien 2008; Martin Nonhoff (Hrsg.), *Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld 2007.

süchte eher unverdächtig, betrachten den Universalismus pragmatisch und in einer Perspektive der konkreten Menschenrechte: Demokratie erscheint dann nicht als eine Zumutung Washingtons an die übrige Welt, sondern als berechtigter Anspruch aller Menschen auf Freiheit, Sicherheit und Selbstbestimmtheit der eigenen Lebensführung⁵². Das alles ist im übrigen nicht bloß ein Theoriestreit, angesichts dessen Historiker besser ihre Ruhe in den Archiven suchen sollten. Denn erstens ist diese Suche, wie im ganzen 20. Jahrhundert⁵³, bereits ein wesentlicher Teil der Gegenwartsgeschichte von Demokratie und zweitens färben diese Entwürfe, wie schon stets, unsere Geschichtserzählungen bereits in der Wolle, auch wenn die Wirklichkeit immer vielfältiger und widersprüchlicher ist als alle Theorie.

Spannend wird es in der jüngsten Globalgeschichte der Demokratie vor allem dann, wenn man sich auf Überlagerungen des Westlichen und Nicht-Westlichen einlässt, jenseits von Universalismus und Relativismus gleichermaßen. Für den westafrikanischen Senegal hat Frederic C. Schaffer zu zeigen versucht, dass „Demokratie“ in einer nicht-individualistischen Kultur, in der Familien- und Klientelbeziehungen, Solidarität und Konsens eine tragende Rolle spielten, auf eigene Weise interpretiert und adaptiert werden konnte, so dass ein eigener Begriff von „demokaraasi“ das französisch-koloniale Muster überlagerte und das politisch-soziale Verhalten, zum Beispiel die Kultur von Wahl und Stimmabgabe, prägte⁵⁴. Nun kann man fragen, ob damit eine eigenständige nichtwestliche Variante von Demokratie entsteht oder ob es sich nicht doch um Defizite und Defekte handelt. Denn eine durch Familiensolidarität und Klientelverhältnisse geprägte Wahlkultur existierte einige Jahrzehnte früher auch im ostelbischen Preußen oder in Süditalien.

Oder hat der klassische Westen seine Führungsrolle schon längst eingebüßt? In seiner empirisch wie analytisch gleichermaßen beeindruckenden Geschichte der Demokratie hat John Keane die Ursprünge einer post-klassischen Demokratie des späteren 20. Jahrhunderts, die das klassische repräsentative Modell und die Grundannahmen einer liberalen Gesellschaft hinter sich lässt, in Indien seit den 1940er Jahren gesehen⁵⁵. Auf die antike Versammlungsdemokratie, deren Wurzeln Keane wiederum „jenseits des Westens“, im Orient, im Zweistromland erkennt, und die Repräsentativdemokratie der europäisch-nordamerikanischen Neuzeit des 18. bis 20. Jahrhunderts folge nun ein dritter Grundtyp, den Keane *monitory democracy* nennt: ein System der vielfältigen Kontrollmechanismen politischer Entscheidungen auch jenseits der klassischen Gewaltenteilung oder *checks and balances*. Indien sei, gegen die Grundannahmen und historischen Erfahrungen des Westens, das Risiko einer Demokratie auf der Grundlage einer

⁵² Vgl. Amartya Sen, *Democracy as a Universal Value*, in: *Journal of Democracy* 10 (1999), S. 3–17; ders., *Development as Freedom*, New York 1999.

⁵³ Vgl. Jan-Werner Müller, *Contesting Democracy: Political Ideas in Twentieth-Century Europe*, New Haven 2011.

⁵⁴ Vgl. Frederic C. Schaffer, *Democracy in Translation: Understanding Politics in an Unfamiliar Culture*, Ithaca 1998.

⁵⁵ Vgl. Keane, *The Life and Death of Democracy*.

heterogenen, rechtlich und sozial zersplitterten, zudem überwiegend bitterarmen Gesellschaft eingegangen. Die Selbstregierung des Volkes war hier kein Ergebnis ökonomischen Wachstums und kulturellen Zusammenwachsens, sondern sie stand am Anfang: nicht „fit for“, sondern „fit through democracy“⁵⁶ wollte das Land werden und experimentierte deshalb mit Verfahren der Partizipation und Kontrolle, die in der klassischen Lehre nicht vorgesehen waren.

Ebenfalls am Beispiel Indiens hat Partha Chatterjee, einer der wichtigsten Köpfe der *Postcolonial* und *Subaltern Studies*, seine Vorstellung von einer *postcolonial democracy* entwickelt, die weder normativ noch empirisch der klassischen westlichen Demokratie entspricht, aber seit den 1970er Jahren in Asien und Afrika, teils auch in Lateinamerika die Realitäten politischer Herrschaft bestimmt⁵⁷. Außerhalb der weißen Siedlungskolonien wie Australien sei der Geltungsbereich von repräsentativer Politik und effektiven intermediären Institutionen, anders als im Westen, auf einen kleinen Teil der Bevölkerung beschränkt, und zwar nicht nur in einer Übergangsphase der Dekolonisation. Wie soll man die politischen Verhältnisse der seitdem durch Bevölkerungsvermehrung und Landflucht ja dramatisch gewachsenen städtischen Elendsviertel beschreiben, deren Einwohner von staatlichen Autoritäten und Sicherheitskräften nicht als „Bürger“ im vollen Sinne behandelt werden? Sie sind dabei keineswegs machtlos, aber ihre Mobilisierung und Interessenartikulation folgt anderen Spielregeln als denen von Repräsentation, zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation und rechtsstaatlich-justizieller Aushandlung individueller Lebensräume. Ein normatives Gegenmodell zur westlichen Demokratie will Chatterjee darin nicht entstehen sehen. Aber vielleicht ist sein Bild von dieser, von ihrer Norm wie von ihrer flüssigen, historisch wandelbaren Realität zu einfach und zu statisch. Auch die westliche Demokratie ist nicht mehr das, was sie einmal war. Es könnte also sein, dass wir in eine Phase eingetreten sind, in der sich die Abgrenzung der „konzentrischen Kreise“ immer mehr auflöst: eine globale Phase der postklassischen Demokratie, in der politische und soziale Entwicklungen im klassischen Westen und jenseits von ihm vielfach miteinander verflochten sind⁵⁸ – keine Einbahnstraße des westlichen Universalismus also, aber auch keine kulturalistisch getrennten Welten. Dieser Überlegung soll zum Schluss noch kurz nachgegangen werden.

⁵⁶ Ebenda, S. XXX.

⁵⁷ Vgl. zum folgenden Partha Chatterjee, *On Civil and Political Society in Postcolonial Democracies*, in: Sudipta Kaviraj/Sunil Khilnani (Hrsg.), *Civil Society: History and Possibilities*, Cambridge 2001, S. 165–178; ders., *The Politics of the Governed*; ders., *Lineages of Political Society: Studies in Postcolonial Democracy*, New York 2011; als Fallstudie zu Brasilien vgl. James Holston, *Insurgent Citizenship: Disjunctions of Democracy and Modernity in Brazil*, Princeton 2008.

⁵⁸ Vgl. Partha Chatterjee/Ira Katznelson (Hrsg.), *Anxieties of Democracy: Tocquevillean Reflections on India and the United States*, New Delhi 2012.

5. Westliche und postkoloniale Demokratie: Im verflochtenen Wandel

Woran lässt sich dieser „verflochtene Wandel“ der jüngsten Demokratiegeschichte erkennen? Zunächst einmal – ganz einfach und doch von kaum zu überschätzender Bedeutung – an der globalen Konjunktur und Zentralität des Begriffes selbst. Wie kein zweiter Begriff bündelt der Ruf nach „Demokratie“ an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert weltweite Hoffnungen auf eine freie politische Verfassung, auf ein sicheres, menschenwürdiges und „gutes“ Leben, auf Selbstverwirklichung des Individuums und auf gemeinschaftliche Freiheit. Gewiss war die Demokratie in ihrer neuzeitlichen Begriffsgeschichte schon länger, in der Terminologie von Reinhart Kosellecks Historischer Semantik, Teil einer „asymmetrischen“ Konstruktion⁵⁹. Anders als noch in den 1930er Jahren, als mit Selbstbewusstsein die Überlegenheit anderer Regierungsformen, sogar explizit der Diktatur, vertreten werden konnte⁶⁰, kann sich politische Herrschaft seit 1945 eigentlich nur noch unter dem Dach eines wie auch immer gedehnten Demokratiebegriffs legitimieren – man denke nur an die kommunistischen „Volksdemokratien“ Ostmitteleuropas. In der Zeit des Kalten Kriegs war die Denkweise jedoch, auf beiden Seiten, eher statisch: „Wir *haben* die richtige Demokratie, ihr nicht!“ In der neuen Konstellation von Zivilgesellschaft, Postkolonialismus und globalen Protesten seit den 1980er Jahren ist „Demokratie“ jedoch ganz auffällig wieder zu einem dynamisierten „Erwartungsbegriff“ geworden, im alten Westen ebenso wie außerhalb von ihm. Die Diskurse und Projektionen überlappen sich; der globale Aufstieg des neuen Humanitarismus mit seiner engen Verbindung von Demokratie und Menschenrechten ist dafür ein wichtiges Beispiel⁶¹; ein anderes könnte der neue Streit um Demokratie und Kapitalismus, der in den letzten zehn Jahren angeschwollen ist, sein. Was wäre daran noch eindeutig „westlich“, was „postkolonial“? Ein verbindender Zug der neuen, antizipativen Semantik ist auch das Streben nach Demokratie „als Lebensform“, jenseits ihres klassisch-institutionellen

⁵⁹ Vgl. Reinhart Koselleck, Zur historisch-politischen Semantik asymmetrischer Gegenbegriffe, in: Ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik historischer Zeiten*, Frankfurt a.M. 1979, S. 211–259. Vgl. auch Werner Conze u. a., Art. Demokratie, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 821–899.

⁶⁰ Vgl. z. B. Marcus Llanque, Die Diktatur im Horizont der Demokratieidee. Zur verfassungspolitischen Debatte der Zwischenkriegszeit, in: Christoph Gusy u. a. (Hrsg.), *Demokratie in der Krise. Europa in der Zwischenkriegszeit*, Baden-Baden 2008, S. 52–85; allg. Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), *Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1900–1933*, München 2007; vgl. auch Horst Möller, Diktatur- und Demokratieforschung im 20. Jahrhundert, in: *VfZ* 51 (2003), S. 29–50.

⁶¹ Vgl. Stefan-Ludwig Hoffmann, *Moralpolitik. Geschichte der Menschenrechte im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2010; Samuel Moyn, *The Last Utopia: Human Rights in History*, New York 2010; Jan Eckel/Samuel Moyn (Hrsg.), *Moral für die Welt? Menschenrechtspolitik in den 1970er Jahren*, Göttingen 2012; Roland Burke, *Decolonization and the Evolution of International Human Rights*, Philadelphia 2010; Didier Fassin, *Humanitarian Reason: A Moral History of the Present*, Berkeley 2012; für eine andere Form der Moralisierung von Politik vgl. Habbo Knoch (Hrsg.), *Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren*, Göttingen 2007.

„Westminster-Kerns“, der nirgendwo mehr als genügend angesehen wird. Westliche Varianten betonen dabei eher die „postmateriellen“ Aspekte expressiver Freiheit, nichtwestliche (noch) eher die Erfüllung elementarer Lebensbedürfnisse: Nahrung, Wasser, Gesundheit, Bildung. Demokratie konstituiert inzwischen – und das ist historisch ja keineswegs selbstverständlich – einen globalen semantischen Verhandlungsraum.

Das gründet gewiss auch in jener Auflösung klassisch-moderner Grenzen und Zuordnungen, die man seit einiger Zeit als „Deterritorialisierung“ diskutiert⁶². Die Neuzeit, und ganz besonders die Hochmoderne des frühen und mittleren 20. Jahrhunderts, strebte oft geradezu obsessiv nach eindeutiger Grenzziehung, nach der Identität von Geographie und politischer Kontrolle bzw. politischen Rechten⁶³. Ethnische Säuberungen radikalisierten dieses Muster mit brutaler Gewalt, aber ihm entsprach, auf seine Weise, auch der gemeinsame Aufstieg von Nationalstaat und Demokratie sowie die nationale Rahmung von sozialen Rechten und Wohlfahrtsleistungen⁶⁴. Dieses Muster zeigt seit den 1970er Jahren immer tiefere Risse – zu den Gründen gehören die ökonomische Globalisierung, Mobilitätstechnologien vom Jetflugzeug bis zum Internet und die postkolonialen Migrationsströme. Doch die Verbindung solcher Trends mit der Demokratieentwicklung ist kompliziert und ambivalent. Eine einheitliche „Weltdemokratie“ als unifiziertes, singuläres Territorialitätsregime, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg viele erhofften und erwarteten, existiert höchstens in Teilen der *Science Fiction* weiter⁶⁵. Wo nationalstaatliche Souveränität zurückgetreten ist wie in der Europäischen Union, ist „Territorialität“ damit nicht verschwunden; der Schengen-Raum oder der linke Protest gegen eine „Festung Europa“ sind Stichworte dafür. Eine westeuropäische und zumal bundesdeutsche Sicht unterschätzt die globale Attraktivität des Nationalstaats ohnehin seit langem. Demokratie primär als Nationalstaat und nationale Gesellschaft zu gewinnen und zu sichern (und dennoch mit ethnisch-kultureller Heterogenität verträglich zu machen!), ist in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten eine geradezu unaufgebbare Strategie und Hoffnung der nicht-demokratischen Welt geblieben; daran hat sich seit Wilson in mancher Hinsicht erstaunlich wenig geändert. Von imperialer Abhängigkeit zu nationaler Freiheit: an dieses Muster hat auch die neuere „Empire“-Forschung erinnert⁶⁶, ob sie auf In-

⁶² Vgl. Charles S. Maier, *Consigning the Twentieth Century to History: Alternative Narratives for the Modern Era*, in: *American Historical Review* 105 (2000), S. 807–831.

⁶³ Vgl. zuletzt Ulrike Jureit, *Das Ordnen von Räumen. Territorium und Lebensraum im 19. und 20. Jahrhundert*, Hamburg 2012.

⁶⁴ Vgl. die sehr zugespitzte Interpretation bei Michael Mann, *Die dunkle Seite der Demokratie. Eine Theorie der ethnischen Säuberung*, Hamburg 2007; dagegen z. B. John Keane, *Violence and Democracy*, Cambridge 2004.

⁶⁵ Vgl. z. B. Paul Kennedy, *Parlament der Menschheit. Die Vereinten Nationen und der Weg zur Weltregierung*, München 2007.

⁶⁶ Vgl. Ulrike v. Hirschhausen/Jörn Leonhard, *Empires und Nationalstaaten im 19. Jahrhundert*, Göttingen 2009; Charles S. Maier, *Among Empires: American Ascendancy and Its Predecessors*, Cambridge/MA. 2006; Herfried Münkler, *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*, Berlin 2005.

dien im Verhältnis zu England oder auf die polnische Demokratie jenseits deutscher und russischer Ansprüche blickt.

So wird man die Überlappungen, den „verflochtenen Wandel“ der jüngsten, postklassischen Demokratiegeschichte vor allem in tiefgreifenden Veränderungen der *politischen Gesellschaft* sehen müssen. Damit meine ich die soziokulturellen Grundlagen politischen Handelns wie das Verständnis vom „Bürger-Sein“ und die darauf ruhenden sozialen Praktiken, Verfahrensweisen und Institutionen der politischen Artikulation – wie die Partei oder eine Sitzblockade. Man müsste die Hypothese genauer verfolgen, dass die von Historikern in letzter Zeit so intensiv diskutierte sozialökonomische, aber auch kulturelle „Zäsur der 1970er Jahre“ auch das politisch-soziale Feld, einschließlich der Spielregeln von Demokratie, erfasst hat, und zwar über den Westen hinaus in globaler Reichweite. Geht man von der sozialökonomischen Zäsur aus, scheinen solche Rückwirkungen bereits unmittelbar plausibel. Soziale Ungleichheit zwischen Arm und Reich hat in den letzten drei, vier Jahrzehnten unstrittig zugenommen, und damit sind neue Risiken der Exklusion entstanden⁶⁷. Darin unterscheidet sich eine postkoloniale Gesellschaft wie Indien ja prinzipiell keineswegs, wie Partha Chatterjee meint, von Europa oder den USA. Auch in westlichen Ländern ist die Integration neuer Unterschichten in die politische Gesellschaft prekärer geworden, und die vielgelobte zivilgesellschaftliche, partizipatorische Demokratie trägt zunehmend Züge einer Demokratie der gebildeten und materiell gut gesicherten Mittelklassen⁶⁸.

Ebenso betrifft der Umbau der „fordistischen“, klassisch-industriellen Produktionsgesellschaft zur neuen Ökonomie von Dienstleistung und Konsum die politische Sphäre. Bürgerrechte und Inklusion werden viel weniger als früher am Arbeitsplatz – zum Beispiel durch die Gewerkschaften – verhandelt. Das Muster einer neuen „Konsumentendemokratie“ reicht weit über die Wahlfreiheit im (Super-) Markt oder zwischen verschiedenen Handy-Anbietern hinaus; es prägt seit den 1980er Jahren vielmehr immer stärker die Bürger-Identität und die demokratischen Konflikte⁶⁹. Zumal die deutschen „Grünen“ haben sich, weit jenseits der Ökologie, als eine Partei der Konsumenteninteressen neu erfunden und erfolgreich positioniert. Aber das Paradigma der Konsumgesellschaft transformiert auch jenseits des Westens – erinnert sei nur an die Entwicklung der Volksrepublik China seit den 1980er Jahren – das Verständnis von Freiheit, Teilhabe und Selbstverwirklichung.

⁶⁷ Vgl. für die Bundesrepublik jetzt Hans-Ulrich Wehler, *Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland*, München 2013.

⁶⁸ Ironischerweise unterstreicht dieser Wandel zugleich die Kontinuität der Bedeutung des Organisationsprinzips; während den Unter- und Arbeiterschichten die neuen Organisationsformen der zivilgesellschaftlichen Demokratie oft fremd bleiben, wissen die Mittelschichten sie geschickt zu nutzen und in ihren Lebensstil zu integrieren. Vgl. Jeffrey Stout, *Blessed Are the Organized: Grassroots Democracy in America*, Princeton 2010.

⁶⁹ Vgl. zuletzt etwa Kerstin Brückweh (Hrsg.), *The Voice of the Citizen Consumer*, Oxford 2011; Kate Soper/Frank Trentmann (Hrsg.), *Citizenship and Consumption*, London 2008.

Doch nicht immer wird man in der Ökonomie die Ursache für die gegenwärtigen Umbrüche politischer Gesellschaften finden. Viele Indizien deuten auf eine fortschreitende Auflösung des klassischen, westlich-liberalen Politikmodells hin, wie es vor allem in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts begründet wurde. Über die Gründe dieser Erosion wird man noch lange diskutieren; einstweilen kann man sich die Sachverhalte und ihre mögliche Tragweite klarmachen. Ich nenne drei, miteinander verknüpfte Aspekte. Erstens werden die Grenzen zwischen einer öffentlichen und einer privaten Sphäre zunehmend verwischt⁷⁰. Das kann nicht folgenlos bleiben, wenn auf dieser Grenzziehung, namentlich auf der Existenz einer öffentlichen Sphäre und Bürger-Identität, das liberal-demokratische Politikmodell wesentlich beruhte⁷¹. Die neueren Verschiebungen zwischen Öffentlichkeit und Privatheit sollten auch deshalb noch viel mehr, als das schon der Fall ist, zu einem großen Thema der Zeitgeschichte werden. Man wird dann über Medienwandel und das Internet sprechen, aber auch über radikale Subjektivierung und Individualisierung im Gefolge der „Expressiven Revolution“ um 1970 und nicht zuletzt über Frauenemanzipation und Geschlechterverhältnisse. Die Sprengkraft des Slogans „Das Private ist Politisch“ ist schwer zu überschätzen⁷².

Zweitens folgen demokratische Interessenartikulation und Mehrheitsbildung längst nicht mehr konsequent dem liberalen Modell einer pluralistischen Gesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger ihre jeweiligen Interessen vertreten und sich daraus Mehrheiten und Entscheidungen ergeben – also gewissermaßen in der Spur von James Madison zu Ernst Fraenkel. Gewiss ging die Realität nie darin auf, aber insbesondere der Aufstieg der „anwaltschaftlichen Demokratie“, des Prinzips der „advocacy“, des Eintretens für die Rechte und Interessen Dritter statt der (individuell oder kollektiv) eigenen, hat das liberale Interessenmodell seit den 1970er Jahren zunehmend ausgehöhlt, ihm jedenfalls ein alternatives Paradigma zur Seite gestellt. Und wenn man nicht im Namen Dritter Ansprüche geltend macht – seien es Verfolgte in einem anderen Land, die vielzitierten „nächsten Generationen“, denen man etwas hinterlassen müsste, oder die Natur, die nicht für sich sprechen kann –, dann immer häufiger im Namen einer eigenen Betroffenheit, die zugleich radikal-subjektiv und von allgemeinstem Anspruch ist.

⁷⁰ Vgl. meinen Aufriss: Paul Nolte, Öffentlichkeit und Privatheit. Deutschland im 20. Jahrhundert, in: Merkur 60 (2006), H. 686, S. 499–512.

⁷¹ Vgl. zuletzt Volker Gerhardt, Öffentlichkeit. Die politische Form des Bewusstseins, München 2012; klassisch Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied 1962.

⁷² Siehe Talcott Parsons, Religion in Postindustrial America: The Problem of Secularization, in: Social Research 41 (1974), S. 193–225, hier bes. S. 221 ff.; im Anschluss daran vgl. Paul Nolte, Von der Gesellschaftsstruktur zur Seelenverfassung: Die Psychologisierung der Sozialdiagnose in den sechziger Jahren, in: Tobias Freimüller (Hrsg.), Psychoanalyse und Protest. Alexander Mitscherlich und die „Achtundsechziger“, Göttingen 2008, S. 70–94. Vgl. auch Dagmar Herzog, Die Politisierung der Lust. Sexualität in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, München 2005; exemplarisch für eine biographische Schnittstelle in den Protestbewegungen seit den 1960er Jahren Saskia Richter, Die Aktivistin. Das Leben der Petra Kelly, München 2010.

Dem folgt kein geringer Teil des neuen sozialen Protests, etwa in der „Occupy“-Bewegung⁷³, die (ihrer eigenen Selbststilisierung zufolge) nicht im Namen bestimmter, partikularer Interessen auftritt, sondern der „99 Prozent“, also im Grunde aller, mit Ausnahme einer kleinen Minderheit von Eliten, die sich eigentlich außerhalb des Gemeinwesens gestellt habe. Man könnte das, zugespitzt, als einen neuen „Rousseauismus von unten“ bezeichnen.

Das führt zu einem dritten Grundzug der neuen *political society*, der sich wiederum im Westen ebenso wie in postkolonialen Konstellationen herausgebildet hat: nämlich die politisch-kulturelle Projektion eines Gegensatzes zwischen „Eliten“ und „Volk“. Teile des neuen Protests, auch in Deutschland, mit ihrem kulturellen Anspruch des Widerstands gegen die „Obrigkeit“ erinnern, historisch gesehen, nicht zufällig an vordemokratische Volksproteste des 18. Jahrhunderts oder des deutschen Vormärz⁷⁴: „Wir sind die Demokratie!“ – nicht die Regierung, nicht die staatlichen Autoritäten; der verfassungstheoretische Hinweis auf deren repräsentativ-demokratische Konstituierung läuft da kulturell und praktisch ins Leere. Die Ursachen liegen natürlich nicht in einer zyklischen Rückwärtsbewegung der Geschichte, sondern – zum Beispiel – in einer postklassischen Transformation des Staates, der im Westen ebenso wie in der „Dritten Welt“ zum Erbringer von Leistungen, zum Träger spezifischer „Sicherheitsregime“ oder, mit einem Wort aus der neueren Politikwissenschaft, zum Anbieter von *good governance* („guter Regierungsführung“) wird⁷⁵. Das Konzept der *good governance* unterläuft geradezu die klassische Demokratietheorie, indem es den output in den Vordergrund rückt. Pointiert gesagt: Wenn Menschen, sei es in Deutschland oder in China oder in Somalia, Schutz vor Terrorismus und Gewalt, gute Nahrung und Wohnung, Zugang zu Bildung und Arbeit haben, ist dann der input, die demokratische Legitimation noch so entscheidend? Eine neue demokratische Legitimation resultiert insofern nicht aus der Vermittlung von Wählern und Gewählten, sondern aus einer Selbstbehauptung des Volkes gegen Obrigkeit und Eliten, Staat und *governance*, sie wird reklamiert in der spontanen Selbstartikulation des Volkes, in Protest und Widerstand⁷⁶.

Auch das ist ein instruktives Beispiel für den „verflochtenen Wandel“ neuer, globaler Kulturen der Demokratie. Denn in ihm verbinden sich antiwestliche, postkoloniale Motivlagen mit solchen, die – wie die radikale Subjektivität – ge-

⁷³ Siehe z. B. Peter Mörtenböck/Helge Mooshammer, *Occupy: Räume des Protests*, Bielefeld 2012.

⁷⁴ Vgl. Paul Nolte, *Formen des Protests, Muster der Moderne: Vom 18. zum 21. Jahrhundert*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 64 (2013) (im Druck); ders., *Im Land der Ego-Demokratien*, in: *Cicero*, Februar 2012, S. 22–27; vgl. auch Heinrich August Winkler, *Die verachtete Republik*, in: *Ebenda*, S. 28–31.

⁷⁵ Siehe z. B. Ludgera Klemp/Roman Poeschke, *Good Governance gegen Armut und Staatsversagen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 28–29 (2005), S. 18–25; Gunnar Folke Schuppert/Michael Zürn (Hrsg.), *Governance in einer sich wandelnden Welt*, Wiesbaden 2008.

⁷⁶ Theoretisch zugespitzt in marxistischen Konzepten einer antiinstitutionellen „insurgent democracy“ vgl. z. B. Miguel Abensour, *Democracy Against the State: Marx and the Machiavellian Moment*, Cambridge 2011; siehe aber auch Stéphane Hessel, *Empört Euch!*, Berlin 2011.

mein hin als soziokulturelles Produkt der westlichen Moderne gedeutet werden. Ist der Westen Vorbild für die Arabellion? Oder inspirieren die Demonstranten in Nordafrika die jungen Erwachsenen in Tel Aviv, Madrid und New York⁷⁷? Eine Zeitgeschichte der Demokratie wird nicht in einer Geschichte des Protests aufgehen, aber ebenso wenig in einer Geschichte staatlicher Sicherheits- und Leistungsregimes: nicht für einzelne Nationalstaaten wie Deutschland, nicht für den „Westen“, aber auch nicht jenseits von ihm.

⁷⁷ Vgl. die Überlegungen zu diesen Wechselwirkungen bei Wolfgang Kraushaar, Der Aufruhr der Ausgebildeten. Vom Arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung, Hamburg 2012.